



AL/GRÜNE TÜBINGEN, POSTSTR.2-4, 72072 TÜBINGEN

An die Stadtverwaltung Tübingen

POSTSTR. 2-4
72072 TÜBINGEN
TEL.: 07071/23331
FAX.:07071/21026

info@al.gruene.de

Tübingen, 24.07.2023

Antrag: Beteiligungsprozess zum Schindhaubasistunnel

Die Antragsteller fordern die Stadtverwaltung Tübingen auf, alternative Verkehrskonzepte zum Bau des Schindhaubasistunnels in einem umfassenden und ergebnisoffenen Beteiligungsverfahren mit der Bevölkerung Tübingens zu erarbeiten und die im Falle des Tunnelbaus zu erwartenden verkehrlichen Auswirkungen auf das Stadtgebiet zu prüfen. Untersucht werden soll z.B. die Auswirkungen der Regionalstadtbahn incl. zweigleisigem Streckenausbau, der Bau einer zweispurigen Röhre anstatt einer vierspurigen Röhre, etc. In diesen Beteiligungsprozess sollen besonders auch junge Menschen einbezogen werden, da sie noch länger mit den möglichen Konsequenzen dieses Straßenbauprojektes zu leben haben. Außerdem soll die Stadt Tübingen eine breite Diskussion in der Region über den Tunnelbau bzw. diese alternativen Verkehrskonzepte anstoßen und in einen intensiven Austausch mit Vertreter:innen der Region eintreten. Als eine der Grundlagen für die Diskussion soll die Stadt Tübingen das Regierungspräsidium auffordern, konkrete Zahlen zu den grauen Emissionen für den Bau des Tunnels vorzulegen. Wenn aus diesen Beteiligungsprozessen tragbare Ergebnisse vorliegen, entscheidet der Gemeinderat Tübingen über das weitere Vorgehen.

Begründung

Aus heutiger Sicht erscheint der Bau des Schindhaubasistunnels aus der Zeit gefallen und würde vermutlich nicht mehr so geplant werden. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass politische Gruppierungen und Initiativen in der Stadt dieses Thema aufbringen und zitieren auch aus der Resolution des Jugendgemeinderates:

„Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, ist es notwendig, den Autoverkehr in Deutschland bis 2035 zu halbieren und den Pkw-Bestand in den Städten auf ein Drittel des heutigen Wertes zu senken (wir beziehen uns hier auf eine Machbarkeitsstudie des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie). Die Wissenschaftler*innen des Wuppertaler Instituts halten es zudem für nötig, zum

Erreichen der Klimaziele den Ausbau jeglicher Fernstraßen möglichst bald zu stoppen. Der Schindhaubasistunnel würde frühestens Mitte der 30er-Jahre fertiggestellt werden. Seine Notwendigkeit wird mit Verkehrsprognosen begründet, die auf einer Verkehrspolitik beruhen, mit der wir keine Chance haben, unseren gerechten Beitrag zum 1,5 Grad Ziel zu leisten. Wenn wir es mit der Verkehrswende ernst meinen, wird der Schindhaubasistunnel also bei seiner Fertigstellung höchstwahrscheinlich nicht mehr notwendig sein. [...] Wir dürfen jedoch keine Bauwerke für die Zukunft errichten, deren Planung auf unserem heutigen und nicht zukunftsfähigen Individualverkehrskonzept aus den 50er-Jahren beruht. Insbesondere dann nicht, wenn es sich um enorm energieintensive Arbeiten – wie z. B. Tunnelbauten – handelt. Die beim Bau des Schindhaubasistunnels entstehenden CO₂-Emissionen (durch den Verbrauch fossiler Energieträger in Bau, Materialproduktion und -transport sowie durch prozessbedingte Emissionen in der Betonherstellung) werden sich nie amortisieren. [...]

Andererseits basiert der geplante Tunnelbau auf einem großen Einvernehmen in der Bevölkerung und einer jahrzehntelangen Planung, deren Ziel es immer auch war, für die Stadtentwicklung und den Wohnungsbau in der Südstadt weitere Flächen zu erschließen. Mit dem Bau eines Tunnels – im Gegensatz zu einer einstmals geplanten offenen Trasse - sollten außerdem die verkehrsgeplagten Bewohner:innen des Französischen Viertels und die Anwohner:innen in der Südstadt von Lärm- und Abgasemissionen entlastet werden und die direkten Eingriffe in den Naturraum des Schindhau minimiert werden. Im Vertrauen auf diese Planung, haben viele Bewohner:innen dort ihre Wohnungen gebaut.

Eine Entscheidung des Tübinger Gemeinderates gegen den Bau des Tunnels in einer Art "Handstreich", initiiert durch die Resolution des Jugendgemeinderates, von der der Großteil der Bevölkerung Tübingens noch keine Kenntnis hat, widerspricht unserem Demokratieverständnis. Es handelt sich außerdem nicht nur um ein Tübinger Verkehrsprojekt, sondern um ein Teilstück einer großräumigen Planung des Bundes für die Bundesfernstraße B27 von der die gesamte Region Neckar-Alb betroffen ist. Tübingen ist Teil dieser Region.

Die Diskussion um den Tunnelbau muss außerdem im Kontext des geplanten vierspurigen Weiterbaus der B27 im Steinlachtal und dem geplanten dreispurigen Ausbau der B28 zwischen Rottenburg und Seeborn geführt werden.

Aus all diesen Gründen halten wir es für unerlässlich, sowohl mit der Bevölkerung Tübingens als auch mit der Region in einen umfassenden und ergebnisoffenen Dialog über Verkehrskonzepte mit und ohne Tunnel einzutreten, bevor sich der Gemeinderat abschließend zum Tunnel positioniert.

AL/Grüne – Annette Schmidt und Asli Küçük